



**Johann Altmann**  
Ehrenamtlicher Stadtrat  
der Landeshauptstadt München

Rathaus, Zimmer 173  
Marienplatz 8  
80331 München  
Tel.: 089 / 233 – 20766  
Fax: 089 / 233 – 20770  
[johann.altmann@muenchen.de](mailto:johann.altmann@muenchen.de)

Freie Wähler im Stadtrat der LH München, Marienplatz 8, 80331 München

An den Oberbürgermeister  
der Landeshauptstadt München  
Herrn Christian Ude  
Rathaus  
Marienplatz 8  
80331 München

**A N T R A G**

19. August 2009

### **Geplante Schließung aller Post-Filialen bis 2011**

Der Stadtrat der LH München möge beschließen:

Dem Stadtrat der LH München ist umfassend darzulegen

1. Inwieweit sich die Deutsche Post AG im Vorfeld oder nach Bekanntwerden der Pläne, alle eigenen Filialen bis spätestens 2011 zu schließen, mit der LH München in Verbindung gesetzt hat.
2. Welche Maßnahmen ihrerseits die LH München eingeleitet hat, um eine qualifizierte Stellungnahme der Deutschen Post AG bzgl. der geplanten Schließungen und der sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Grundversorgung mit Postdienstleistungen in München zu erhalten.
3. Welche Maßnahmen seitens der LH München ergriffen werden können, damit die Qualität von Postdienstleistungen und die Versorgung mit einem flächendeckenden Filialnetz auch künftig sich nicht weiter verschlechtert, sondern mindestens auf dem heutigen Niveau gehalten werden kann bzw. besser wieder ausgebaut wird.

#### Begründung:

Presseinformationen zufolge plant die Deutsche Post AG bis 2011 alle eigenen Filialen zu schließen und diese Dienstleistungen über Partner vornehmlich aus dem Einzelhandel abwickeln zu lassen.

Insbesondere die in manchen Wohnbereichen Münchens schon heute auftretende Mangelversorgung mit Einzelhandelsgeschäften, lässt erhebliche Zweifel daran aufkommen, dass so künftig die in der Post-Universaldienstleistungsverordnung (PUDLV) vorgegebene Versorgungsdichte von stationären Einrichtungen in maximal 2.000 Meter Umkreis eingehalten werden kann.

Gemäß PUDLV ist bei Veränderungen der stationären Einrichtungen frühzeitig, mindestens 10 Wochen vor der Maßnahme, das Benehmen mit der zuständigen kommunalen Gebietskörperschaft herzustellen.

Johann Altmann, Stadtrat